

## **Beschluss des Landrats vom 16.11.2023**

Nr. 226

### **19. Zusätzliche Sonderschulangebote** 2023/252; Protokoll: pw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, der Regierungsrat sei bereit, die Motion als Postulat entgegenezunehmen. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Motionärin **Miriam Locher** (SP) verweist auf das Votum von Regierungspräsidentin Monica Gschwind zum vorhergehenden Vorstoss, wonach die Separationsquote steige. Beim bereits überwiesenen Vorstoss ging es vor allem darum, den Weg zur Separation besser aufzugleisen und dafür zu sorgen, dass er nicht in jedem Fall so lange dauert. Für Kinder und Jugendliche hat ein Jahr eine grössere Bedeutung als für die meisten Erwachsenen. Eine steigende Separationsquote spricht für eine grössere Anzahl an Sonderschulplätzen. Der Antwort des Regierungsrats kann entnommen werden, dass beim Projekt «Umgang mit schweren Verhaltensauffälligkeiten» eine Bedarfsanalyse in Angriff genommen werden soll. Eine Überprüfung und der entsprechende Ausbau der Sonderschulplätze ist Ziel der vorliegenden Motion und der Zwischenschritt über ein Postulat ist aus Sicht von Miriam Locher nicht zwingend notwendig. Dient es dem Anliegen, ist sie aber selbstverständlich auch hier bereit, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln.

**Andrea Heger** (EVP) sagt, die Grüne/EVP-Fraktion unterstütze nun im Gegensatz zum vorhergehenden Vorstoss auch eine Motion. Die Formulierung des Anliegens ist sehr offen – eher wie ein Postulat als eine Motion – und lässt sehr viel Spielraum. Wenn es darum geht, ein Zeichen zu setzen, dann ist eine Motion geeigneter und stärker.

Die SVP-Fraktion unterstütze den Vorstoss als Motion nicht, aber als Postulat, hält **Anita Biedert** (SVP) fest. Regierungspräsidentin Monica Gschwind hatte es beim vorhergehenden Traktandum gesagt: Die Arbeiten sind im Gange und es ist kein zusätzlicher Druck nötig. Die SVP begrüsst die Bedarfsanalyse zur verlässlichen Erhebung der erforderlichen Plätze und eventuell auch einen Ausbau der Sonderschulen.

**Sabine Bucher** (GLP) macht es kurz: Die GLP-Fraktion unterstütze geschlossen eine Motion.

**Sven Inäbnit** (FDP) dankt Miriam Locher für die Bereitschaft, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Die FDP-Fraktion würde ein Postulat mittragen. Im Wortlaut ist der Vorstoss eigentlich auch ein Postulat, wie bereits gesagt wurde. Der Regierungsrat ist bereit, das Anliegen zu prüfen und darüber zu berichten. Sven Inäbnit stört sich jedoch etwas an der Aussage von Andrea Heger, dass mit einer Motion ein Zeichen gesetzt werde. Eine Motion ist eine Motion und kein Zeichen. Hin und wieder kann durchaus ein politisches Zeichen gesetzt werden, aber eine Motion hat Konsequenzen und bewirkt Handlungen. Entsprechend erscheint ein Zeichen setzen zu wollen als nicht passende Begründung für eine Motion.

**Béatrix von Sury d'Aspremont** (Die Mitte) wäre dankbar für die Umwandlung in ein Postulat. Die Mitte-Fraktion würde die Überweisung so unterstützen mit der Erklärung, dass der Regierungsrat bereits an der Arbeit ist.

**Miriam Locher** (SP) erklärt, für gesetzliche Anpassungen brauche es eine Motion. Wer Handlungen und Konsequenzen möchte, sollte eigentlich die Motion unterstützen und nicht das Postulat.

Ihr ist das Anliegen jedoch zu wichtig, um an der Motion festzuhalten und zu pokern. Sie wandelt die Motion in ein Postulat um.

Regierungspräsidentin **Monica Gschwind** (FDP) gibt einen Zwischenbericht zum Projekt ab: Das Projekt wurde zwischenzeitlich initialisiert und die Leitung und die Resonanzgruppe wurden bestimmt. Es gibt auch Validierungsgruppen, welche die Abstimmung mit der Praxis sicherstellen. Die Analyse wurde mittlerweile abgeschlossen und Meilensteine wurden gesetzt. Nun geht es darum, Trends abzuschätzen, und zu schauen, wie der künftige Bedarf sein wird. Es muss auch geschaut werden, wie kurzfristig zusätzliche Plätze geschaffen werden können, sollte sich zeigen, dass es zu wenige Plätze gibt – dies auch in Anbetracht des Fachkräftebedarfs. Es ist ein sehr wichtiges Projekt. Es wird jedoch noch das ganze 2024 dauern, bis darüber berichtet werden und dargelegt werden kann, welche Massnahmen getroffen werden sollen.

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) stellt fest, die Motion sei in ein Postulat umgewandelt worden.

://: Mit 72:0 Stimmen wird der Vorstoss als Postulat überwiesen.

---